

Transkript der Rede zum Zusammenhalt von Heinz Bude

29. Januar 2025, 19 Uhr

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wieso fühlt sich heute die Welt für so viele so desolat an? Woher röhrt die furchtbare Unversöhnlichkeit? Wenn das Gespräch auf unser Zusammenleben kommt, warum wollen so viele aus ganz verschiedenen Lagern und Schichten denen da oben mit einem Mal einen Denkzettel verpassen? Kann man überhaupt über den Zusammenhalt der Gesellschaft reden, ohne über ihren Zusammenhalt zu streiten?

Ich beginne mit einem Rückblick auf bessere Zeiten, an die die meisten von ihnen noch eine lebendige Erinnerung haben. Ich meine das Jahr 2006, als in Deutschland unter dem Motto "Die Welt zu Gast bei Freunden" die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen wurde. Die Welt staunte über die ungezwungenen und gelassenen Deutschen. Die spielen schönen Fußball. Sie fahren mit der deutschen Fahne am Auto einfach so durch die Gegend. Sie präsentieren sich mit der La-Ola-Welle als ein wie von Geisterhand synchron sich bewegendes Publikum im Stadion. Und zwar alle Deutsche mit und ohne Zuwanderungsgeschichte, ob aus dem Westen oder aus dem Osten des Landes, ob Frauen oder Männer, ob alte Weltkriegsteilnehmerinnen oder junge Menschen mit Erasmuserfahrungen. Alle hatten ein Fähnchen und ließen sich gar Schwarz-Rot-Gold auf die Backe malen. Deutsche mit slowenischen, kroatischen, italienischen oder tschechischen Wurzeln, die sich selbstverständlich für die Mannschaft ihrer Heimat begeistern, bekunden mit zwei Flaggen am Auto, dass sie dabei sind. Mit einer schwarz-rot-goldenen an der Rechten und einer ganz anders farbigen an der linken Seite im Auto. Und wenn ich das mal so salopp sagen darf: Die Mehmet-Scholl-Deutschen mit einer Zuwanderungsgeschichte fanden sich damit ab, dass die Türkei nicht dabei war, und wechselten die zweite Flagge je nach Sympathie für die Nationalmannschaft, die noch im Rennen war.

Irre, dieses Sommermärchen, wie man damals gesagt hat, war Ausdruck eines Landes, das sich vom kranken Mann zum wirtschaftlichen Motor und zur maßgeblichen politischen soft power Europas gewandelt hatte und mit einem Mal dem Publikum aus aller Welt als der lockere Globalisierungsgewinner erschien. Die von der Regierung Schröder-Fischer lancierte Formel von der Konkurrenzfähigkeit unter den Bedingungen von freiem Handel, globalen Finanzmärkten und billigem Transport schien zumindest für eine neue Mitte mit diversen Zuwanderungsgeschichten, mit einem wachsenden Anteil erwerbstätiger Frauen und nicht zuletzt mit einer experimentierfreudigen Generation von Boomern ohne Kriegserleben, für die schien diese Formel aufgegangen zu sein.

Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, Globalisierung hieß in diesem neuen Deutschland offenbar nicht die Anpassung an eine äußere Macht, die einem wie ein Naturereignis keine andere Chance lässt, sondern die Realisierung von Veränderungen, die die deutsche Gesellschaft von innen heraus in einen anderen Zustand versetzt hatten. Ulrich Beck war der große Kommentierer dieser inneren, von innen kommenden Globalisierung des Landes. Das

meinte zuerst natürlich die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung im Zuge von Arbeitsmigration. Und zwar durch Anwerbung von Arbeitskräften aus Italien, aus Jugoslawien, aus Griechenland und aus der Türkei, die jeweils ihre eigenen Küchen, ihre eigenen Lieder und ihre eigenen Träume mitbrachten. Die dann in Deutschland geborenen Kinder der ersten Zuwanderergeneration wollten nicht länger ruhig bleiben und machten um die Jahrtausendwende mit Kanak Sprak in den Straßen von Kiel oder Oberhausen oder mit den massiven Tönen und den krassen Ausdrücken des Raps auf eine bestimmte Welt da draußen aufmerksam. Auch das ging.

Ein unterhaltsamer Ausdruck dieser neuen deutschen Mischung bot die ebenfalls 2006 heraus gekommene, vom Bayerischen Rundfunk produzierte Fernsehserie "Türkisch für Anfänger". Man verstand sich bestens durch Missverständnis und Unverständnis, weil man sich eben nicht entgehen konnte. Und das war sehr vergnüglich anzusehen. Viele hatten ihre Freude daran. Eine andere Veränderung betraf das private Leben. Durch Frauen mit einem eigenen Bankkonto, eine eigene Sexualität und eine eigene Beschäftigung. Der Male Breadwinner, also der männliche Haushaltvorstand, hatte ausgedient. In der Familie ergänzen sich die Dinge nicht mehr auf eine natürliche Art und Weise. Die familiäre Arbeitsteilung musste vielmehr Tag für Tag ausgehandelt werden. Selbst Gerhard Schröder räumte schon in den 1990er-Jahren auf einem Plakat Hand in Hand mit seiner damaligen Ehefrau Hiltrud ein: "Politik ist nicht alles". Vielleicht erinnern sich manche noch. Aber auch die grauen Eminenzen der Deutschen Bank von Hermann Josef Abs bis Alfred Herrhausen waren 2006 Geschichte. Die unter der Regie der Deutschen Bank stehende Deutschland AG war aufgrund einer von den USA ausgehenden Deregulierung der globalen Finanzmärkte durch ein System von konkurrierenden Finanzdienstleistern ersetzt worden. Mit der Verbilligung des Geldes war die weltweite Geldmenge ungeheuer gewachsen und verlangte ganz neue, von Finanzmathematikern entwickelte Instrumente der Schöpfung von Geld durch die Geschäftsbanken. Wer sich mit Geld beschäftigte, wusste, was Derivate oder Futures sind.

Es war alles passiert. Dazu kam natürlich die gewollte Verbilligung der Arbeit durch Lohndisziplin in den Kernbereichen der Beschäftigung und durch die Schaffung eines Niedriglohnsektors für einfache Dienstleistungsarbeit. Aber das eigentliche Geheimnis des deutschen Erfolgs bestand in einer Kompetenzrevolution in der wertintensiven Facharbeit. Die heute in der Debatte über eine drohende Deindustrialisierung aufgerufene Unterscheidung zwischen einer Industrie- und einer Dienstleistungsgesellschaft war damals schon obsolet geworden. In der exportorientierten Hochproduktivitätsökonomie, in erster Linie Maschinenbau, hatte sich eine Kombination von industriellen, von digitalen und von dienstleistenden Fähigkeiten durchgesetzt. So konnte man Kunden mit besonderen Belangen und langfristigen Wartungsbedarfen bedienen. Und so behauptete sich Deutschland als Ausstatter einer nach 1989 ungeheuer expandierenden Weltwirtschaft.

Diese auf die Globalisierung der Märkte antwortende Transformation des deutschen Produktionsmodells wurde bekanntlich durch eine in der deutschen Öffentlichkeit sehr kontrovers beurteilte Transformation des Sozialstaats begleitet. Der im Fall von Arbeitslosigkeit vom Prinzip des Statuserhalts durch staatliche Leistungen auf das der Exklusionsvermeidung durch Fördern und Fordern umgestellt. Das Ziel bestand in der Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit, wie man das damals nannte, des individuellen Arbeitsvermögens. Die Botschaft lautete: Eine gute Gesellschaft ist eine Gesellschaft starker Einzelner. Ich erwähne dies alles, um Ihnen deutlich zu machen, dass die deutsche Gesellschaft von 2006, nachdem Angela Merkel 2005 das Ruder von Gerhard Schröder übernommen hatte, mit der deutschen Gesellschaft von 1982, als der Christdemokrat Helmut Kohl den Sozialdemokraten Demokraten Helmut Schmidt ablöste, buchstäblich nichts mehr zu tun hatte. Es war eine völlig andere Gesellschaft. Eine völlig andere Gesellschaft, weitgehend akzeptiert von der Mehrheit der Bevölkerung und bewundert nicht nur von unseren europäischen Nachbarn, sondern überall auf der Welt. Wie oft sind Leute zu mir gekommen, haben gesagt: Habt ihr irgendwie ein Geheimnis bei euch? Wieso seid ihr so gut aus allem rausgekommen? Übrigens 1992 hieß der Bundestrainer Jupp Derwall, wissen Sie noch? Der hatte sogar noch Helmut Schön, dem Mann mit der Mütze, assistiert. 2006 war es Jürgen Klinsmann. Und dessen Trainer war Joachim Löw.

2006 haben wir ein Land der Vielstimmigkeit, der Bezogenheit und der Freudigkeit vor Augen. Heute regiert das Misstrauen, die Abkapselung und die Übelgelauntheit. Das sind wir alle. Wir sind misstrauisch. Wir versuchen, uns nur noch in unserem eigenen Milieu aufzuhalten. Und wir sind verdammt übel gelaunt. Wie ist das bloß dazu gekommen? Deutschland ist wieder auf dem Pfad der Verluste und der Erstarrung gelandet. Und es kann keine Rede mehr davon sein, dass es als das bevölkerungsreichste Land Europas zusammen mit Frankreich den Kontinent nach vorne bringen und Europa eine Stimme in einer multipolaren Welt verleihen könnte. Kein Mensch traut sich das mehr in Deutschland zu. Man ärgert sich übrigens nicht mehr über uns, sondern schaut mit Sorge auf unser Land und hofft, dass wir wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich, also als kompetitive Volkswirtschaft, als lebendige Konkurrenzdemokratie und als offenes Gemeinwesen noch die Kurve kriegen. Werden wir das schaffen? Kriegen wir noch die Kurve? Ich freue mich, dass Sie gute Dinge sind. Ich übrigens auch. Aber wie soll das gehen?

Man kann die Entwicklung des Landes seit 2006 vielleicht als fortschreitende Entkoppelung der Verhältnisse von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft beschreiben. Es ist offenbar in Zeiten hoher Beschäftigung, geringer Inflation und billigen Geldes in Vergessenheit geraten, dass eine inklusive, die verschiedenen Gruppen und Interessen einbeziehende Politik, auf eine produktive Wirtschaft angewiesen ist, die die Mittel dafür erzeugt und bereitstellt. Wenn die Produktivität sinkt und die Investitionen zurückgehen und die Rohstoffe teurer werden, müssen bei denen, die politische Verantwortung tragen, die Glocken läuten. Das muss so sein. Das kann bedeuten, dass man die Außenwirtschaftspolitik ändern muss, dass man sich mit den Zentralbanken ins Vernehmen setzen muss und dass man Forschung und

Entwicklung in neue Bahnen lenken muss. Das muss man dann tun, wenn das die Botschaften aus der Wirtschaft sind. Auf dem Boden der Zivilgesellschaft findet man sich zusammen, begeht man gegen die Herrschenden auf und spricht für andere, die nicht so gut abschneiden und bedroht sind und möglicherweise durchs Rost fallen. Aber man darf nicht glauben, dass zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse eine effektive Versorgung von Bedürftigen, einen sozialen Schutz von Verwundbaren oder eine erkennbare Mitsprache von Dissidenten gewährleisten könnten. Darin liegt die Staatsbedürftigkeit der Zivilgesellschaft.

Ein offenes Gemeinwesen braucht starke Institutionen, die im Zweifelsfall zur Stelle sind und die Recht vor Gnade walten lassen können. Und eine Wirtschaft, die auf Investitionen beruht, um sich in einem offenen Raum der Konkurrenz bewähren zu können, muss sich einer Politik versichern, die für die Leute auf der Straße den Geldwert sichert und das Vertrauen der Banken in das Rückzahlungsversprechen von Krediten stärkt. Gerade die Akteure der Wirtschaft dürfen die Grundeinsicht von Joseph Schumpeter nicht vergessen, dass die Unternehmerin die typische Schuldnerin ist, die sich selbst einen Scheck auf die Zukunft ausstellt. Politik ist ohne Wirtschaft arm und Wirtschaft ohne Politik schwach. Warum ist dieses Gefüge von Abhängigkeiten in den letzten 20 Jahren so sehr aus dem Blick geraten, dass das Ganze gefährdet ist? Wie ist das gekommen, dass dieses Zusammenspiel nicht mehr funktioniert? Dass Leute glauben, von der Zivilgesellschaft her alles neu bestimmen zu können? Oder von der Wirtschaft? Oder gar: Wie kann das sein, dass Unternehmerinnen und Unternehmer sich heute verächtlich über die Politik äußern? Dann haben sie die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Dann wissen sie nicht, was los ist im Land. Nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs, im Jahr der Revolution von 1989, sah es in der Tat nach einem Ende der Geschichte aus. Es ist nämlich im Vorstellungsvermögen keine Alternative zu einer kapitalistischen Wirtschaft, einer parlamentarischen Konkurrenzdemokratie, eines barrierefreien Massenkonsums und eines ausgleichenden Wohlfahrtsstaates denkbar gewesen. Die Liebhaber des Sozialismus und die Verächter der Demokratie beklagten ein Regime der Postdemokratie, in der die globalen Konzerne und die internationalen Banken das Regime übernehmen nach 1989 und der Volkswille und dem Volkswillen nur noch die Alternative des Schweigens und der Akklamation bleibt. Die Kunst dieses postpolitischen Zeitalters machte das Unheimliche und Unmögliche dieses Zustandes in Installationen der Angst und den Bildern der Entgleisung spürbar.

Mit dem Angriff auf die Twin Towers des globalen Kapitalismus auf amerikanischem Boden am 11. September 2001 brach sich eine multipolare Welt ohne stabile Ordnung Bahn. Der Unterschied zwischen dem Wahren und dem Falschen legitimierte asymmetrische Kriege, wie Münkler es dargelegt hat, und molekulare Bürgerkriege, wie Enzensberger das genannt hat, ohne erkennbare strategische Ziele und nachvollziehbare taktische Kalküle. Das ist sozusagen, wenn Sie so wollen, eine Chaos-Diagnose. Die Spieltheorien in der Abschreckung der Abrüstung liefen in die Leere. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der terroristische Überfall der Hamas gegen Israel zeugen von einem Nihilismus der Gewalt im Weltsystem unserer Gegenwart. Die Formel von der Friedensdividende, die den

Generationen des Nachkriegs, allen voran die Boomer, genossen hatten, weist jetzt auf die glücklichen Umstände der Wohlstandsvermehrung in den Gesellschaften des Westens hin, die den Gesellschaften des globalen Südens nicht beschieden waren.

Die so gesehene Einsicht in die Unwahrscheinlichkeit der Bundesrepublik nach 1945 beinhaltet heute die Einsicht in die mögliche Unwahrscheinlichkeit ihres Weiterbestehens. Wo stünden wir, wenn der erste Bundeskanzler Kurt Schumacher und nicht Konrad Adenauer gewesen wäre? Wo stünden wir, wenn Max Horkheimer und Theodor Wiesengrund Adorno nicht schon 1949 nach Frankfurt am Main zurückgekehrt, sondern an der New School for Social Research in New York geblieben wären. Wo stünden wir, wenn Herbert Wehner anstelle von Walter Ulbricht, dem Politbüro in der DDR vor gesessen hätte? Wo, wenn das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt erfolgreich gewesen wäre und Rainer Barzel zum Bundeskanzler gewählt worden wäre? Wo, wenn Russland sein Gas vornehmlich in die DDR und nicht in die Bundesrepublik geliefert hätte? Wo, wenn Oskar Lafontaine die Wahl gegen Helmut Kohl gewonnen hätte? Und wo, wenn Wolfgang Schäuble und nicht Angela Merkel der Kanzler nach Gerhard Schröder geworden wäre? Und wo, wenn heute Alice Weidel und nicht Christian Lindner die Vorsitzende der FDP wäre? Wo wären wir da?

Die Geschichte, das will ich damit sagen, ist jederzeit offen. Zumal auch die Geschichte der Bundesrepublik. Und sie wird noch offener nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Ein Schlag gegen die evolutionäre Notwendigkeit einer kapitalistischen Wirtschaft war der globale Crash im Gefolge des Kollaps der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008. Am Ende mussten bekanntlich Regierungen mit dem Einsatz von Steuergeld, also mit dem Vermögen der Bürgerinnen und Bürger, die Banken, die das übermäßige Vertrauen ihrer Anleger getäuscht hatten, vor der Pleite retten. Systemrelevanz war in Deutschland seinerzeit das Wort der Stunde. Neben dem enormen Staatsversagen des real existierenden Sozialismus stand mit einem Mal das unglaubliche Marktversagen des Finanzmarktkapitalismus. Dieser systemische Vertrauensbruch war deshalb so grundstürzend, weil er eine doppelte Ausweglosigkeit heraufbeschwor: Weder dem Staat noch dem Markt ist zu trauen. Und dazwischen ist nichts.

Das war die Geburtsstunde einer Antipolitik von rechts und von links, die auf eine Politik jenseits der herrschenden Systempolitik zielte. Das war die Geburtsstunde. Dafür wurden biopolitische Themen wie Klimawandel, Migration, Geschlechterdefinitionen, Ernährungsspraktiken und die Beziehungen zu nicht mehr nur menschlichen Lebewesen ins Feld geführt. Wohlgemerkt von rechts und von links. In der moralischen Panik, in der verschwörerischen Selbstabschließung und in der unbedingten Fürsprache für andere nahmen sich beide Seiten nichts. Nichts die linke und nichts die rechte Seite. Sie waren sich sogar darin einig, dass die Welt, in der wir alle aufgewachsen sind, auf fahrlässigen Selbsttäuschungen, selbstherrlichen Dominanzbehauptungen und geschönten Rechnungen beruht. Die Politik gegen die Politik will nicht spezifische Probleme adressieren. Sie dramatisiert die Lage vielmehr auf eine Überlebensfrage der Gattung oder des Volkes. Daran

gemessen dienen Lösungen mittlerer Reichweite und Kompromisse für eine Legislaturperiode nur der Beruhigung und des Aufschubs. Heute stehen wir nach 20 Jahren Antipolitik von rechts und von links vor einem Scherbenhaufen. Die antipolitische Aufladung von Politik hat polarisierte Resonanzräume geschaffen, zwischen denen ein Ausgleich oder ein Brückenschlag kaum noch möglich zu sein scheint.

Die gegensätzlichen Strömungen können auch nicht mehr einer Partei zugeordnet werden, weil sie inzwischen tief in rechte und linke Volksparteien hineinwirken und einen Keil in die jeweilige Mitgliedschaft treiben. In der Union gibt es durchaus Fraktionen, die den Themen von Ökologie und Geschlechtervariation empfänglich sind. So wie man in der SPD auf Leute stößt, die sich für eine strenge Begrenzung der Zuwanderung und gegen eine gendergerechte Sprache aussprechen. Es steht meiner Ansicht nach ein ökoemanzipatives Projekt, das universelle Werte, ökologische Sensibilität und zwischenmenschliche Empathie hochhält, gegen ein nationalkapitalistisches Projekt, das den Selbsterhaltungstrieb menschlicher Gemeinschaften, die Beherrschung der Natur und die Notwendigkeit von Konkurrenz behauptet. Das sind zwei Projekte, die aus dem antipolitischen Impuls entstanden sind.

Der Zusammenhang der Empfindlichen auf der einen oder der Zusammenhalt der Tatkräftigen auf der anderen Seite? Nein, so einfach wohl nicht. Es gibt schließlich Social Justice Warriors. Und es gibt natürlich die Rentner des Reichtums. Es ließ sich in den letzten Jahren verfolgen, wie sich aus diesem antipolitischen Impuls ein politisches Vermehrungsprogramm entwickelt hat. Waren es am Anfang noch zivilgesellschaftliche Konkurrenten, hier Occupy Wall Street, dort die Teaparty, so haben sich die beiden antipolitischen Projekte mit- und gegeneinander zu metapolitischen Alternativen reguliert, die jeweils Auskunft darüber geben wollen, wie eine Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk aussehen könnte. Das ökoemanzipative Projekt hat auf dem Wege des Aufbaus von Rechtspositionen eine Verstaatlichung der Zivilgesellschaft betrieben. Das Publikum konnte in der Tat den Eindruck gewinnen, dass sich ein Verhaltenskodex durchgesetzt hat, bei dem am Ende die inkorrekte Anrede einer sich diskriminiert fühlenden Person als Ordnungswidrigkeit behandelt werden konnte. Hier konnte die rechte Polemik des tiefen Staates Fuß fassen und das Bild eines totalitären Zugriffs durch eine woke Verschwörung in den Medien und in den Ausbildungsinstitutionen an die Wand malen. Demgegenüber hat sich das nationalkapitalistische Projekt mit Anleihen an Gramscis Hegemoniekonzept einer Freund-Feind Strategie bedient, die auf ein neocäsaristisches Führungsmodell zustrebt. Die Energien der Selbsterhaltung, der Naturbeherrschung und der Konkurrenz können durch eine Person an der Spitze entfesselt werden, die die Lizenz zum Hass erteilt. Der charismatische Effekt ergibt sich hier nicht aus der Beispielhaftigkeit der charismatischen Person, sondern im Gegenteil aus ihrer Gewöhnlichkeit.

Hass ist im Unterschied zur gerichteten Wut ein Affekt der punktuellen Selbstintensivierung auf dem freien Feld. Der Hass steht allen offen und begründet keine Hierarchie von besser

oder schlechter. Hass ist ein demokratischer Affekt. Dem konnten die Vertreter des ökoemanzipativen Projekts letztlich nur in Begriffen einer sozialpsychologischen Diagnostik beikommen. In diese Falle ist bekanntlich Hillary Clinton mit ihrer Bemerkung über die Deplorables getappt. Heute, nach der Wiederwahl von Donald Trump, sind wir allerdings Zeugen eines Legitimitätsschwundes des ökoemanzipativen und eines Legitimitätsgewinns des nationalkapitalistischen Projekts. In der multipolaren Welt, vor dem Hintergrund eines schwelenden Hegemoniekonflikts zwischen den USA und China, wirkt der ökoemanzipative Entwurf wie aus der Welt gefallen. Die Verlierer des Jahrhundertelangen kolonialen Zeitalters streben die Rückkehr zu einer früheren Zeit an, als die wichtigsten wirtschaftlichen und kulturellen Zentren der Welt in Asien und davor noch in Lateinamerika und Asien lagen. Diese Rückkehr wird von den Gewinnernationen der vergangenen 30 Jahren, also vor allem von China und Indien, aber ebenso von Vietnam, Indonesien und Nigeria, als Aufbruch in eine neue Staatenwelt begriffen, in der China die USA herausfordert. Und in Indien sich als dritte Macht im Bunde sieht, Russland als Rächer der Entrichteten und ein erschrockenes Europa eine Welt ohne Kompass beklagt.

In dieser Situation muss Deutschland in neuer und anderer Weise Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammenbringen, damit wir irgendeinen Hintergrund dafür haben, wieder einen Zusammenhalt in Deutschland zu finden. Im Wettkampf um die digitalen Technologien ist gegen die Datengiganten und Intelligenzentswickler aus den USA und aus China nichts mehr auszurichten. Der Zug ist abgefahren. Die Claims bei den Suchmaschinen, bei den sozialen Medien und beim Handel im Netz sind vergeben. Beim industriellen Netz der Dinge sieht die Sache vielleicht anders aus. Hier könnte eine Ingenieurskunst uns weiterbringen für intelligente Maschinen und Fabriken, die es im 21. Jahrhundert gibt. Bei denen Maschinen mit Maschinen kooperieren und Fabriken sich mit Fabriken austauschen. Dazu braucht es Sensoren, Hydraulikelemente und Düsen jeder Stärke. Dazu kommt natürlich die Entwicklung von wiederverwendbaren und abbaubaren Kunststoffen, von verträglichen Düngemitteln und von variablen Systemen der Stromspeicherung des Stromtransports. Mir kommt es an dieser Stelle nur darauf an, dass es immer auch eine Materialität der Digitalität gibt und die digitale Steuerung irgendwann in ein stoffliches Produkt münden muss. Irgendwann muss ein stoffliches Produkt herauskommen. Und hier liegt die Chance der deutschen Wirtschaft, in diesem stofflichen Produkt. Die Wirtschaft ist allerdings dabei darauf angewiesen, dass nicht länger je nach Problemlagen, Abteilungen und Abteilungen aneinander gereiht wird, sondern eine Fokussierung der Staatsaufgaben stattfinden.

Die Entscheidungen müssen gerade dann, wenn sie rechtlich abgesichert sein sollen, revozierbar sein. Das betrifft die Versorgung der Bevölkerung, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und auch die Sicherheit des Landes. Wirtschaftliche und politische Stärke ist offenbar nicht länger ohne militärische Stärke zu haben. Wir müssen wohl wieder lernen, das alles im Paket zu sehen. Ohne militärische Stärke kommt man nicht weiter. Mit Ralf Dahrendorf gesprochen: Die Wirtschaft sorgt für die Optionen, die wir im Leben haben. Die Politik für die Anrechte, die unseren Anteil sichern und die Gesellschaft für die

Bindungen, die uns bei der Stange halten. Bei der Frage nach den Bindungen tritt in Deutschland allerdings eine Spaltung zwischen Ost und West zutage. Da wächst nichts zusammen, was zusammengehört. Je weiter wir von 1989 uns weg bewegen, umso deutlicher werden die Unterschiede in den Erfahrungsweisen und den Gesellschaftsauffassungen in Ost und West. Denken Sie nur daran, dass der Vergesellschaftung in der DDR der Betrieb war. Um den Betrieb orientierte, gruppierte sich das gesamte Leben. Außerdem waren die volkseigenen Betriebe Orte mit einer relativ egalitären Sozialstruktur. Als dann die Treuhand aus volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus diese ganze Betriebsstruktur in der Industriegesellschaft Ost mehr oder minder eingedampft hat, hat man dem Volk der DDR seine Gesellschaft geraubt. Das ist der Kern des Problems, warum heute in Ostdeutschland ein wirklich einsames Volk entstanden ist. Das Volk der DDR weiß eigentlich gar nicht mehr, was eine Gesellschaft ist.

Aber vielleicht ist das die Stimmungslage überhaupt bei uns im Lande. Vielleicht ist es auch im Westen so, dass wir den Eindruck haben, hier läuft alles im Ganzen schief. Und wir wissen gar nicht mehr, wohin wir mit unserem Unvermögen, unserer Ungläubigkeit, gehen sollen. Ich glaube, man kommt hier nur weiter, wenn man eine Vorstellung davon hat, was für uns alle vornöten ist. Eine Einladung für das, was wir können und bringen können, damit wir wie 2006 wieder vor unsere Zukunft kommen. Und das, glaube ich, ist der eigentliche Punkt, um den es bei der Frage nach dem Zusammenhalt geht. Man braucht eine Idee, die sagt, dass jetzt die Zeit gekommen ist, wo wir uns diese Unversöhnlichkeit einfach nicht mehr leisten können. Es ist Zeit, dass man die Dinge in die Hand nimmt und jeder mit seinen Kränkungen und mit seinem Gefühl des Zurückgesetztseins selber zurechtkommen muss. Sollte man einfach mal sagen: Musst du selber mit zurechtkommen. Und es gibt so eine Idee, die stammt aus der katholischen Soziallehre. Und die bedeutet: Wir brauchen ein Land gerechter Anstrengungen. Und das sollte, glaube ich, das Ziel sein.

Wenn wir eine Vorstellung von gerechten Anstrengungen haben, wenn wir wissen, was auf dem Spiel ist, wenn wir Europa weiter wollen, wenn wir wollen, dass Deutschland noch mitspielt, wenn wir auf die Welt schauen, dann müssen wir uns alle anstrengen. Natürlich muss diese Anstrengung gerecht sein. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.